

Zone als „Komintern“-Stützpunkt

Die Hintergründe des Leipziger „Weltgewerkschaftstreffens“

Leipzig war in der vergangenen Woche Schauplatz einer Tagung des kommunistischen „Weltgewerkschaftsbundes“. Die Veranstalter verschwiegen, daß dieses Treffen ursprünglich in Prag angesetzt war und recht kurzfristig umdisponiert werden mußte. Die damit verbundene Absicht: Eine dem Schein nach „internationale“ Tagung aus politischen Gründen in die Sowjetzone zu verlegen, Delegierte aus westlichen Ländern — also Angehörige der dort existierenden kommunistischen Parteien — mit Pankower Funktionären in Kontakt zu bringen, und auf diese Art die Existenz eines „zweiten deutschen Staates“ zu beweisen. Der gleiche Grund übrigens, aus dem die Sowjetzone immer mehr zum Treffpunkt kommunistischer Kongresse und Tarnveranstaltungen wird.

Diese alte „Komintern“-Taktik, Veranstaltungen des Weltkommunismus immer gerade dorthin zu verlegen, wo man einer örtlichen KP zur „Weltgeltung“ verhelfen will, ist heute fast vergessen. Die im letzten Krieg als versöhnliche Geste gegenüber den westlichen Alliierten aufgelöste „Komintern“ ist aber niemals wirklich gestorben.

Sie existierte nach dem Kriege in Gestalt des „Kominform“ und lebt heute unter einem Dutzend anderer Tarnbezeichnungen fort. Statt der alten Komintern-Sektion „Gewerkschaftswesen“ hat man heute eben den „Weltgewerkschaftsbund“ (WGB). Der „Weltstudentenbund“, „Weltfriedensrat“ und all die ähnlichen Institutionen ersetzen jeweils die alten Sektionen der Moskauer „Kommunistischen Internationale“.

Agentenzentrum „DDR“

Nun könnte es dem Normalbürger gleichgültig sein, wo diese kommunistischen Tarnorganisationen tagen und — daß sie ihr Domizil neuerdings in der Sowjetzone aufzuschlagen pflegen. Denn die Tatsache, daß auf solche Art stets ein Schwarm naiver „Beobachter“ an den bewußt gewählten Tagungsort geschleust wird, vermag der SED noch lange nicht zur „Weltgeltung“ zu verhelfen,

Vielmehr haben in der Vergangenheit sogar französische und jugoslawische Kommunisten eigens deshalb die Moskauer Veranstaltungen gemieden, weil sie in Ostberlin oder Leipzig stattfinden. Auch diesmal gab es Absagen von Leuten, die für Prag zugestimmt hatten.

Seltene „Solidarität“

Der „Trend“ in die Sowjetzone hat jedoch eine Begleiterscheinung, die meist übersehen wird. Der SED-Staat ist für die Moskauer Zentrale heute der am weitesten vorgeschobene Stützpunkt gegen den Westen. Gelingt es der „Komintern“, hier in gewissem Sinne „Frontbüros“ zu errichten, bietet sie ihren Agenten einen relativ harmlosen Treffpunkt und kann diese besser kontrollieren. Ein amerikanischer Kommunist, der via Berlin nach Leipzig reist, wirkt unverfänglicher, als wäre er in Moskau gewesen. Die Tatsache, daß Westberlin zu einem internationalen Touristen-Treffpunkt geworden ist, begünstigt hier die kommunistische Untergrundarbeit. Man besucht die Zentrale auf dem Tarnwege, ohne diese zu kompromittieren oder durch sie kompromittiert zu werden. Die „DDR“ ist auf solche Art über Nacht zu einem echten „Agentenzentrum“ geworden...

Hier finden wir auch die Er-

klärung für die Unzahl „nordafrikanischer Freiheitskomitees“ oder „amerikanischer Solidaritätsfonds“ in Ostberlin, für die Anwesenheit einer unverhältnismäßig hohen Zahl ausländischer Studenten an sowjetzonalen Hochschulen und für die „solidarische“ Aufnahme aller aus westlichen Ländern wegen der verschiedenartigsten Delikte geflüchteter Kommunisten. Das aber bringt die Sowjetzone bereits heute in zusätzlichen Veruruf. Es gibt naive Besucher aus dem Westen, die in der Zone irgendeinen Kongreß der kommunistischen Internationale besuchen und auf perfekte Geheimdienststart von einem dieser zahlreichen Untergrundkomitees „angelaufen“ werden.

Beobachter der letztwöchigen Leipziger WGB-Konferenz haben glaubwürdig berichtet, daß die wichtigsten Besprechungen außerhalb Leipzigs und mit den zahlreich erschienenen Sowjet-„Gewerkschaftern“ geführt wurden. Eine starke Gruppe von Delegierten der westlichen KP ist direkt nach Prag weitergereist, um eine Studienreise durch die Tschechoslowakei anzutreten. Sie werden ihre Studien vermutlich in Karlsbad betreiben, wo zur Zeit Besprechungen über die getarnte Neugründung verschiedener Kominform-Sektionen stattfinden. Erst wenn wir es so betrachten, wird uns die hektische Tätigkeit der kommunistischen Internationale auf sowjetzonalen Boden klar. Sie soll der SED zu kommunistisch-internationalem Prestige und der Zentrale zur besseren Tarnung verhelfen. Den Rahmen — den in Leipzig die „Gewerkschafts“-Thesen abgeben sollten — liefern die Veranstalter umsonst,

J. B. Gradl:

Vielleicht doch einmal?

In diesen Tagen gedachte die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik“ ihres achtjährigen Bestehens. Es gibt keine stärkere Zumutung für das Selbstgefühl des ganzen deutschen Volkes als dieses pseudostaatliche Gebilde, das seine Entstehung und Existenz ausschließlich dem sowjetischen Willen, dem sowjetischen Militär und der Machtgier einer Gruppe kommunistischer Spitzenfunktionäre verdankt. Niemals in diesen acht Jahren hat sich das SED-Regime dem freien Urteil der Deutschen seines Machtbereiches gestellt. Einer Volksabstimmung allerdings konnten sich die Herren von Pankow nicht entziehen: der höchstpersönlichen Entscheidung von über zweieinhalb Millionen Menschen, die in diesen acht Jahren die Flucht aus der engeren Heimat dem Verbleiben im Zonenparadies vorgezogen.

Mit solchen Feststellungen wird gekennzeichnet, was ist und nicht sein sollte. Nicht beantwortet wird damit die Frage, wie man es ändern könnte. Diese Frage aber drängt von Jahr zu Jahr mehr. Auch wenn einem die Vernunft zwingend darlegt, daß es bisher keine Möglichkeit gab, die Einheit in Freiheit wiederherzustellen, so bleibt dennoch das quälende Unbehagen, wann denn endlich das Ziel erreicht werden soll und ob nicht doch mehr und anderes geschehen kann als bisher. Und dieses Unbehagen steigert sich progressiv, weil die Sorge je länger, je mehr wächst, der gegenwärtige Zustand der Teilung könnte vielleicht doch versteinern, nachdem er schon so viele Jahre überstanden hat.

Verzweifeltes Suchen

Das ist der Hintergrund, vor dem das Drängen auf aktive Wiedervereinigungspolitik und auf eine entsprechend konstruktive Außenpolitik der Bundesrepublik gesehen werden muß. Vor diesem Hintergrund stehen auch die immer wieder einmal auftauchenden Überlegungen, ob

man nicht vielleicht doch irgendwie mit Vertretern des DDR-Regimes zu einem Wiedervereinigungsgespräch kommen sollte. Im ganzen ist das der Ausdruck eines beinahe verzweifelten Suchens nach gangbaren Wegen, dessen ehrliche patriotische Absicht auch nicht dadurch schlecht wird, daß sie von Kommunisten und kommunistischen Mitläufern diesseits wie jenseits der Zonengrenze heimtückisch gepflegt und zugleich mißbraucht wird. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß selbst die beste Absicht nicht genügt, um etwas richtig werden zu lassen, was sachlich falsch ist.

Kürzlich hat der Hamburger Senator Plate den Vorschlag gemacht, einen gesamtdeutschen Rat aus Vertretern der Länder der Bundesrepublik und der wieder zu bildenden Länder der Sowjetzone zu errichten. Empfehlungen des Rates für eine Verfassung usw. sollten nach Länderwahlen in der Zone den Ländern der Bundesrepublik und der Zone zur Ratifikation vorgelegt und mit der Ratifikation sollte dann der Weg zu freien Wahlen und einem gesamtdeutschen Parlament geöffnet werden. Vorbild für diesen Plan ist die Entstehung der Bundesrepublik aus den damaligen westdeutschen Ländern bzw. dem Parlamentarischen Rat von 1948/49. Den möglichen Einwand, daß die mitteldeutschen Länder nicht durch frei gewählte Abgeordnete vertreten wären, beantwortet der Senator mit dem Hinweis, die Vorschläge bedürften zuletzt ja doch einer gesamtdeutschen Anerkennung. Dies etwa die Grundgedanken jenes Planes.

Der Fehler im Anfang

Es soll hier nicht eine Auseinandersetzung im einzelnen mit diesen und verwandten Vorschlägen geführt werden. Der entscheidende Fehler dieser und ähnlicher Konzeptionen eines Kontaktes Bonn-Pankow liegt nicht in Einzelheiten, sondern im Ausgangspunkt. Wohl jeder hat einmal in der Schulzeit erlebt, daß er eine mathematische Aufgabe in kühnen Konstruktionen seitenlang wundervoll gerechnet hat und dann doch zu keinem Ergebnis gekommen ist; beim Nachprüfen stellte sich heraus, daß ganz am Anfang ein Fehler unterlaufen war, der

alles weitere schließlich doch falsch machte. So ist es auch mit dem erwähnten Vorschlag. Sobald man in Kauf nimmt, daß für die Sowjetzone nicht echte, d. h. frei gewählte Vertreter, sondern Abgesandte des bestehenden Regimes sprechen, entfällt eine Grundvoraussetzung, die 1948/49 in Westdeutschland vorhanden war. Dort und damals nämlich waren — bei aller Verschiedenheit der Meinungen im einzelnen — die Ministerpräsidenten und Vertreter aller westdeutschen Länder doch völlig einig in dem Willen, sich zu einem deutschen Staat zu vereinigen und diesem Staat eine freiheitliche demokratische Verfassung zu geben. Diesen Willen aber haben die Repräsentanten des Zonenregimes eben gerade nicht, wie sie uns immer wieder erklären.

Im Kreise

Wie ein Gespräch mit diesen Leuten auslaufen würde, das ist jüngst in einer politischen Wochenschrift („Der Spiegel“, Nr. 39) demonstriert worden, die wirklich nicht der Sympathie für die Bundesregierung verdächtigt werden kann. Die Redaktion dieser Wochenschrift hatte ein langes Gespräch mit Walter Ulbricht über Wiedervereinigung; es ist völlig negativ, aber haargenau im Kreise verlaufen. Nun könnte eingewandt werden, selbst wenn man damit rechnen muß, sollte man es doch versuchen, um es wenigstens versucht zu haben. Jedoch, der Versuch lohnt hier nicht nur nicht den Einsatz, sondern er ist auch für die Wiedervereinigungspolitik tiefst gefährlich. Er lohnt nicht, denn von den Pankower Vertretern werden uns ohnehin unentwegt unannehmbare Bedingungen genannt. Der „Wiedervereinigungsplan“, den Ulbricht zum Beispiel auf der 30. Tagung des ZK der SED Anfang Februar bekanntgegeben hat, war brutal genug.

Die Bundesrepublik aber würde mit der Annahme eines Pankower Gesprächs zustimmen, daß de facto das Thema Wiedervereinigung vom Viernächte-tisch weggenommen würde, das jedoch nicht, um auf einem deutschen Tisch zu landen, sondern auf einem sowjetisch-kommunistischen Karussell. Solange

(Fortsetzung auf Seite 7)

Der Satellit

DT. In den Kalender der wissenschaftlichen Großtaten der Menschheit haben sich die Russen am 4. Oktober mit kyrillischen Buchstaben eingeschrieben. Es kreiste ein von Menschenhand geschaffener Begleiter — das bedeutet das russische Wort „Sputnik“ — um die Erde. Nur wenige Menschen haben ihn gesehen, „als ein kleines rotes Fünkchen, das sich am Himmel bewegt“, wie ein dänischer Funkamateurliebling berichtete. Aber Millionen von Erdbewohnern haben noch sein „Tüt-tüt“ in den Ohren.

Es ist ein russischer Mond, der um die Erde kreist — genauer, ein sowjetischer Satellit. Die ironischen Kommentare über die ausreichenden Erfahrungen, welche die sowjetische Diktatur mit Satelliten, sei es als Staat oder als Himmelskörper, hat, liegen nahe.

Die Sowjets waren schneller. Wann der amerikanische Mond starten wird — im Frühjahr des nächsten Jahres oder noch später —, das steht dahin. In den USA hat man begriffen, daß es in einer solchen Lage am besten ist, doch das lächelnde Gesicht des guten Verlierers zu zeigen. Wer — und das sind nicht wenige innerhalb der USA und im Bereich ihrer Verbündeten — die strategische Zukunftsbedeutung des russischen Erfolges wertet, der muß das Zurückbleiben der westlichen astronomischen Wissenschaft und Technik noch schärfer, ja noch sorgenvoller empfinden. Kann man von einem künstlichen Erdsatelliten aus in Zukunft auch in der Höhe von 650 bis 900 Kilometern die Erde überwachen? Wird es nicht möglich sein, mit Hilfe der Radar-Technik alle Geschehnisse der Erde gerade auf strategisch-wissenschaftlichem Gebiet einer Kontrolle zu unterwerfen? Und ist nicht der künstliche sowjetische Mond nur eine Fortsetzung der russischen Fernrakete vom vergangenen Monat? Ein militärischer Erfolg, der jetzt durch die jüngste Atomexplosion in Sibirien noch unterstrichen wird?

Auch die sich schnell ankündigenden Zweifel an dem wissenschaftlichen Wert des sowjetischen Satelliten, weil dieser glitzernde kleine Ball

anscheinend nur Funksignale, nicht aber wirklich wichtige wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Raum jenseits der Erdatmosphäre sendet, beseitigen nicht die Furcht vor der sowjetischen Überlegenheit.

Wir sind weit davon entfernt, diesen sowjetrussischen Erfolg zu unterschätzen. Das erste unterentwickelte Land Europas und Asiens ist nach unendlichen Opfern an Menschenleben und Menschenleben zu einer technisch-wissenschaftlichen Macht ersten Ranges herangewachsen. Der deutsche Anteil daran kann vermerkt, aber er darf nicht überschätzt werden, denn er war erzwungen.

Auf dieser Ebene ist der sowjetische Triumph unbestreitbar. Aber was ist politisch und moralisch von einem ideologischen Herrschaftsbereich zu halten, der gleichzeitig mit diesen Erfolgen eine so deutliche und unmißverständliche Furcht vor dem selbständigen Denken und den seelischen Empfindungen der Menschen zeigt? Selbst Chruschtschow, der den Kommunismus mit wissenschaftlichen Erfolgen und mit Butter verstärken möchte, müßte eigentlich nachdenklich werden, wenn in den beiden „freiheitlichsten Ländern“ des kommunistischen Bereichs, in Polen und Jugoslawien, eine simple Studentenzeitung und ein Mann wie Djilas zum Schweigen verurteilt

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wo und wie unsere Wochenausgabe Sie in der sowjetischen Besatzungszone erreicht hat. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichtskarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn M. Barth
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

werden, weil sie nachgedacht haben. Eine Macht, mag sie noch so in den äußeren Mitteln imponierend sein, muß sich doch sehr schwach fühlen, wenn sie einen oder eine Handvoll selbständig denkender Geister zu fürchten hat. Was für Polen und Jugoslawien gilt, gilt in verstärktem Maße für die Sowjetunion. Das enthebt allerdings nicht die freiheitliche Welt des Bewußtseins, daß sie eine Erkenntnis nicht nur zu hüten, sondern zu verkünden hat, nämlich: Was Hilfe es dem Menschen, wenn er eine ganze Welt (und selbst das Weltall) gewönne und nehme doch Schaden an seiner Seele.

Studenten geben nicht nach

Demonstration in Warschau — Miliz kämpft mit Tränengas

Warschau (DPA/AP). In der letzten Woche ist es in der polnischen Hauptstadt zu Studenten-Demonstrationen und Zusammenstößen mit der Miliz gekommen. Etwa 3000 Demonstranten, zumeist junge Menschen, versammelten sich auf dem Platz der Verfassung in Warschau, um gegen das Verbot der freiheitlichen Studenten-Zeitschrift „Po Prostu“ und gegen die Verhaftung von Studentenvertretern zu protestieren. Polizei und Miliz versuchten den Platz durch einen dichten Kordon abzuschließen und gingen mit Tränengas und explodierenden Feuerwerkskörpern gegen die Studenten vor. Die

Demonstranten warfen Steine und Schuttbrocken, die sie in den nahe gelegenen Ruinen aus dem Krieg aufluden.

Bei den Auseinandersetzungen an den beiden Vortagen gab es außer vielen Verletzten auch ein Todesopfer auf seiten der Demonstranten. Der Kommandeur der Warschauer Miliz versuchte das scharfe Vorgehen seiner Verbände damit zu begründen, daß „Rowdys“ die Milizsoldaten wiederholt mit Steinen beworfen und beschimpft hätten. Kommandeur Kozlowski mußte aber zugeben, daß acht Verhaftungen vorgenommen worden seien.

Jugendweihe weiterhin abgelehnt

Stellungnahme des Rates der Evangelischen Kirche der Union

Berlin (Eigenmeldung). Der Rat der Evangelischen Kirche der Union (EKU) hat im Anschluß an eine Sitzung betont, die Haltung der Kirche zur kommunistischen Jugendweihe in der Sowjetzone sei nach wie vor unverändert und werde von allen kirchlichen Stellen weiterhin geteilt. In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß die evangelische Kirche von Anfang an die Auffassung vertreten hat, Jugendweihe und Konfirmation seien unvereinbar.

Auf seiner Tagung hat sich der Rat der EKU auch gegen eine konfessionelle Verhärtung der protestantischen Kirche gewandt und betont, es sei das

Ziel der EKU, für die Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland sowie der ökumenischen Arbeit zu wirken.

Der Haltung des Rates der EKU zur Frage der Jugendweihe hat sich auch die kirchliche Ostkonferenz unter Vorsitz von Bischof Dibelius angeschlossen, der die Kirchenleitungen sämtlicher evangelischer Gliedkirchen der Sowjetzone und Berlins angehören. Die Konferenz beschloß ferner, wegen der jüngsten Ausführungen des SED-Sekretärs Walter Ulbricht offiziell bei der Sowjetzonenregierung vorstellig zu werden. Ulbricht hatte sich, wie gemeldet, für die obligatorische Jugendweihe „unabhängig von der konfessionellen Erziehung im Elternhaus“ ausgesprochen.

Wissenschaftsrat soll nach Berlin

Beschluß der ständigen Konferenz der Kultusminister

Edenkoben/Pfalz (AP). Die ständige Konferenz der Kultusminister der Bundesländer, die eine Tagung in Edenkoben (Pfalz) beendete, kam einmütig zu der Überzeugung, daß der Standort des neuen Wissenschaftsrates nur die Stadt Berlin sein könne. Dies wurde auf einer Pressekonferenz mitgeteilt.

Die Entscheidung über den Standort wird der Wissenschaftsrat selbst fällen.

Die Konferenz wählte den rheinland-pfälzischen Kultusminister Dr. Orth zu ihrem neuen Vorsitzenden. Die Minister werden Ende November zu ihrer nächsten Sitzung in Bonn zusammentreten.

Auch Sowjets gratulierten

Berlin (Eigenmeldung). Dem neuen Regierenden Bürgermeister Brandt sind zahlreiche Glückwunschschreiben und Telegramme zugegangen. So gratifizierte neben dem Bundespräsidenten und dem Bundeskanzler z. B. Bundesaußenminister v. Brentano, sein Amt werde das seinige dazu beitragen, „daß die freie Stadt Berlin in einem freien deutschen Vaterland die alte Geltung zurückgewinnt“. Auch Bundesinnenminister Dr. Schröder gratulierte im ähnlichen Sinne. Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, sandte ein Glückwunschtelegramm, in dem es u. a. heißt: „Ich bin überzeugt, daß Berlin als politisches Zen-

trum bei zielbewußtem Zusammenhalt seiner freiheitlichen Kräfte für die Bevölkerung der Zone wie für unser ganzes Land mehr denn je eine entscheidende Aufgabe zu erfüllen hat.“ Ferner trafen Botschaften vom Präsidenten des Bundesrates, Dr. Sieveking, sowie u. a. von zahlreichen Ministerpräsidenten der Bundesländer ein.

Im Rathaus Schöneberg übergab ein sowjetischer Hauptmann in Uniform die schriftlichen Glückwünsche des sowjetischen Stadtkommandanten, General Tschamow. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut: „Ich gratuliere Ihnen zur Wahl zum Bürgermeister und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit Erfolg.“

Die kühnen Träume

DT. Die Amerikaner haben im Tonfall ehrlicher Anerkennung dem sowjetischen Erdsatelliten guten Flug gewünscht. Das ist zwar nicht mehr als eine Geste sportlicher Fairneß gegenüber dem Schnelleren. Aber wenn dieses Beispiel auch in Moskau Schule macht, dann ergeben sich die schönsten Aussichten auch für den politischen Weltraum: Bereinerung der Atmosphäre auf dem Umweg über die Stratosphäre. Mehr Satelliten am Himmel — weniger auf Europas Erde?

Der andere Akzent dieses Schnellstarts liegt auf dem Stichwort „uralter Menschheitsraum“ und dem dazu ausgebrochenen modernen Ikarus-Taumel. Gewiß ist ein künstlicher Mond, ob aus Moskau oder aus Washington, ein imponierendes Ding. Er ist eine große technische Leistung. Aber in der Gewißheit, daß wir in den nächsten Monaten und Jahren noch oft in Versuchung sein werden, den Menschen plötzlich für größer zu halten, nur, weil er dem Unendlichen jetzt ein paar Kilometerchen näher gekommen ist, darf man doch kurz an die Relationen erinnern. Alle Begeisterung für die neuen Erkenntnisse! Aber was sind sie wert, wenn der Mensch, wenn die Mächtigen dieser Erde nicht zugleich darum ringen, über ihre lähmende Unzulänglichkeit im Verhältnis zueinander hinauskommen?

Bonn wurde Vollmitglied

Wien (AP/DPA). Die Bundesrepublik Deutschland, deren Delegation bei der Generalkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde bisher nur den Status eines Beobachters hatte, nimmt nunmehr als Vollmitglied der Organisation an den Beratungen teil.

So sind sie wirklich:

Jeder kann sich drei gute Mahlzeiten leisten ...

Auf der Leipziger Tagung des kommunistischen „Weltgewerkschaftsbundes“ war diesmal ein auffallend elegant gekleideter Ostjournalist zu sehen, der in akzentfreiem Englisch Kontakt mit afrikanischen KP-Delegierten suchte. Da man ihn nicht vorgestellt hatte, mag er vielfach für einen Vertreter der Sowjetzonenpresse gehalten worden sein, zumal auch sein Deutsch die gleichen Qualitäten aufwies und er den Tagungssaal mit einem Redaktionsausweis der Ost-„Berliner Zeitung“ betrat.

Nur in einem Fall lüftete er sein Inkognito. Das war, als er einem biederen kleinen Kommunisten aus Manchester in erregter Diskussion über den Mund fuhr: „Erzähle mir doch nichts darüber! Ich bin jahrelang bei Reuter gewesen ...“

Wirrkopf oder Karrierist?

Dieser John Peet, von dem hier die Rede ist, ist nur noch für wenige ein Begriff. Obwohl er hinter den Kulissen des Pankower Regimes eine nicht gerade unwichtige Rolle spielt, Peet war Korrespondent der britischen Nachrichtenagentur Reuter, als er 1950 plötzlich von einem Tag auf den anderen zum Ostzonen-Überläufer wurde. Auf zwei Ostberliner Großveranstaltungen wandte er sich gegen seine ehemaligen Freunde und Kollegen, behauptete, Großbritannien bereite einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion vor und motivierte seinen Übertritt mit „tiefem Abscheu gegen das imperialistische Treiben“. Die Ostpresse feierte ihn kurzzeitig als „aufrechten britischen Patrioten, der in der DDR eine Heimstatt gefunden hat“.

Das ist jetzt länger als sieben Jahre her. Die Lorbeeren, die Peet im Juli 1950 auf einer turbulenten Show im Ostberliner „Friedrichstadtpalast“ einheimen wollte, waren rasch verblaßt. Bald bestand nur noch Zweifel, ob es sich bei diesem Engländer um einen Wirrkopf handele, der aus ehrlicher Überzeugung zu handeln glaubte,

JOHN PEET

oder um einen Karrieristen, der in dem damals groß anlaufenden „Amt für Information“ einen Posten übernehmen wollte. Die Entwicklung beantwortete diese Frage selbst.

„Entdeckungsreisen“

John Peet ging auf „Entdeckungsreisen“ durch die Sowjetzone. Er sprach zu Arbeitern und Intellektuellen und verschwieg dabei seine Vergangenheit. Er beschimpfte England und vermied es zu sagen, daß er Angehöriger eines britischen Garderegiments war. Er deklassierte die britischen Besatzungssoldaten in Deutschland und vermied es, zu sagen, daß er lange Jahre britischer Besatzungsoffizier in Wien und ein nicht ganz unbekannter Mann in einer Schmuggelaffäre war. Er verschwieg seine Rolle bei der britischen Polizeitruppe in Palästina und heroisierte dafür sein unbedeutendes Gastspiel im Spanienkrieg. Statt dessen schrieb er „Tatsachenberichte“: „Die Deutsche Demokratische Republik — mit englischen Augen“.

Entfällt ...

„Im Aufbau des Jahrbuches wurden zur besseren Übersicht einige Änderungen vorgenommen: Das Kapitel ‚Wiedervereinigung‘ erscheint nicht mehr im Jahrbuch; das entsprechende Material wurde auf die jeweiligen Fachkapitel aufgeteilt. Als gesonderter Abschnitt fiel ebenfalls das Kapitel ‚Lebensstandard‘ weg.“

(Zitat aus dem Vorwort des in Ostberlin neu herausgegebenen „Jahrbuches der Deutschen Demokratischen Republik“, 1957.)

Sie müssen sehr getrübt gewesen sein, diese „englischen Augen“. Peet entdeckte, daß die Menschen in der Sowjetzone (1950!) einen weitaus höheren Lebensstandard als viele Engländer hätten. Seine markanteste Feststellung: „Hier in der DDR kann sich jeder drei gute Mahlzeiten täglich leisten, auch wenn diese Mahlzeiten nicht direkt luxuriös sind!“

Bitter enttäuscht

Wenn Peet geglaubt hat, mit diesen „Erkenntnissen“ Karriere zu machen, dann muß er bitter enttäuscht worden sein. Gerhart Eisler, der Peet lange protegierte, wurde wegen seiner amerikanischen Vergangenheit für lange Zeit in die Wüste geschickt. Und Peet entdeckte, daß der Zeitpunkt seines Übertritts der denkbar ungünstigste war, denn: Genau drei Monate danach setzte die Verfolgung all jener Kommunisten ein, die irgendwann einmal in westlichen Ländern gewesen waren. Es war die große SED-Säuberung vom Herbst 1950, die Peet alle Aufstiegschancen überraschend verdarb.

So blieb ihm nur der Weg, den alle irgendwann einmal gehen müssen, die zum Osten übertreten: Der Weg in den Geheimdienst. Peet wurde „Spezialist für britische und Kolonialfragen“, den sowjetische und Ostberliner Geheimdienste frequentierten. Er mußte jene „Kontakte“ schaffen, über die man Spionagenetze setzen wollte. Sein „German Report“, eine englischsprachige Zeitschrift mit 5000 Exemplaren Auflage, blieb der äußere Rahmen. Dann kamen andere Aufgaben: Vorträge vor „Kolonialstudenten“ auf kaschierten Spionageschulen, anwerbende Gespräche mit zu irgendwelchen Kongressen geladenen Landsleuten. In dieser Eigenschaft kreuzte er — es besteht kein Zweifel daran — in Leipzig auf. John Peet, ein Mann, dessen Anwesenheit selbst Kommunisten aus England hätte veranlassen müssen, schleunigst aus Leipzig abzureisen. * * *

Kulturbund kürzt Westgeld-Gagen

Propagandamanöver ohne den erwünschten Effekt

Unter den Bewohnern der Sowjetzone gibt es geteilte Meinungen über die Engagements westdeutscher und westeuropäischer Künstler auf „Kulturveranstaltungen“ in den Bezirkshauptstädten und Ostberlin. Das „Ministerium für Kultur“ hat Verträge mit Westkünstlern bisher großzügig gefördert und diesen Gagen gezahlt, die zum großen Teil über denen westlicher Agenturen liegen. Unter den solcherart in die Zone geratenen Artisten und Schlagerinterpreten wird es gewiss Leute geben, die der Meinung sind, damit eine „gesamtdeutsche“ Leistung zu vollbringen. Den meisten jedoch können wir merkantilere Motive unterstellen. Und diese sind es, die von dem jüngsten, erfolgreichen Vorstoß des „Kulturbundes“ gegen die Bechersche „Großzügigkeit“ betroffen werden.

In letzter Zeit sind zahlreiche Künstler aus der Sowjetzone — vor allem Kabarettisten — geflüchtet, und sie haben über die Hintergründe dieser West-Engagements berichtet. Darüber hinaus hat es eine erbitterte Auseinandersetzung zwischen dem „Kulturbund“ und der „Deutschen Konzert- und Gastspiel-direktion“ über den Einsatz vor allem westdeutscher Künstler gegeben. Denn in der Provinz hat es sich inzwischen eingebürgert, kommunistische Betriebs- und Fernsehveranstaltungen durch solche Dinge „attraktiv“ zu machen. Irgendein „West“-Schulzen-sänger oder wenigstens -Confrencier mußte das jeweilige Ereignis krönen. Selbst, wenn der Betreffende an seinem Heimatort zur dritten oder vierten Klasse gehörte.

Keine Sympathien

Unter der Bevölkerung haben sich diese „Künstler“ keine Sympathien erworben. Denn was soll der Mann aus Rostock oder Dresden von einem Hamburger Confrencier halten, der mit seinen Witzchen auf der SED-Parteilinie entlangjongliert und zwischendurch immer wieder betont, wie herrlich es doch in der DDR im Grunde genommen sei, und man müsse sich „halt nur ein bißchen vertragen...“

Es ist Tatsache, daß westdeutsche Winkel-Agenten aus der Engros-Vermittlung solcher „West-Stars“ ein Bombengeschäft gemacht haben. Und das Kultusministerium hat diese Dinge finanziert, um die Existenz eines „gesamtdeutschen Kulturaustausches“ zu dokumentieren. In Ostberlin hat man die beliebten Westberliner „Wald Bühnen“-Veranstaltungen

durch parallele Schausstellungen in der Wuhlheide zu kopieren versucht.

Woher kommt denn das Geld...?

Jeder mag darüber denken, wie er will. Aber seit bekannt geworden ist, daß etliche Künstler nur dann im Osten auftreten, wenn sie „harte Valuta“ — das heißt, nicht nur DM-West, sondern sogar Dollar und Pfund — bekommen, taucht die Frage auf: Woher kommt denn dieses Geld, das hier hinausgeworfen wird?

Nehmen wir ein Beispiel: Ein einziger Abend in der Wuhlheide kostete die „Deutsche Konzert- und Gastspiel-direktion“ nach eigenen Angaben 60 000 DM West, davon wurde ein Teil in Valuta ausbezahlt. Diese vom Becherschen Kultusministerium freigegebene Summe entnimmt die SED dem sowjetzonalen Außenhandelsfonds bzw. sie wird aus Fonds gezogen, die aus den Einnahmen beispielsweise der Autobahngebühren leben. Wenn man diese Praxis durchdenkt, kann man verstehen, daß manchem Besucher einer Leipziger „Kulturveranstaltung“ der Gesang einer Westberliner Schlagersängerin oder die Vorführungen eines Hamburger Akrobaten verleidet werden. Wenn dennoch wöchentlich Unsummen für diese Aktion ausgeworfen werden, mögen sich selbst naive Gemüter ausmalen, ein wie starkes politisches Anliegen die SED mit derartigen Engagements verbindet.

Der „Kulturbund“ jedoch macht andere Motive für sein jüngstes Eingreifen geltend. Er ist nicht mehr imstande, den

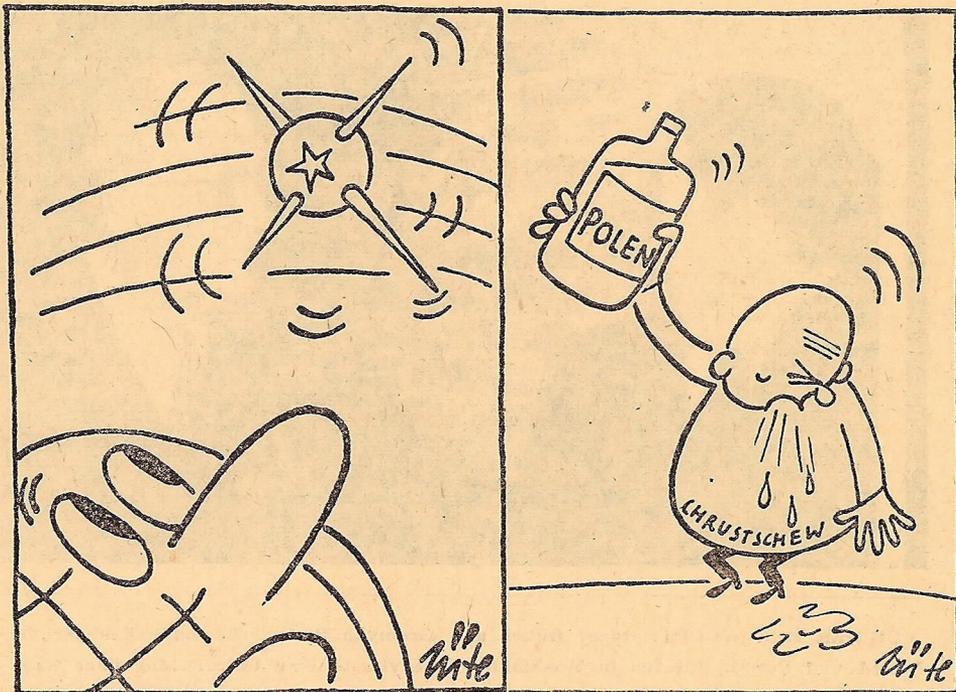
SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtshofen-Str. 2.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.

zahlreichen in letzter Zeit gebildeten Agitations-Ensembles, die mit Spanienlieder- und Friedenskampf-Repertoires aufwarten möchten, zum Auftreten zu verhelfen. Die Konzert- und Gastspiel-direktion ist verpflichtet, „abendfüllende“ Veranstaltungen zu organisieren. Die Bezirke und Kreise haben eigene „Kulturfonds“ mit beträchtlichen Westgeldreserven und stechen die Agitatoren kurzerhand durch irgendeine westliche Schulzen-sängerin aus. So kommt es dann, daß beispielsweise eine durch Monate hindurch eingespielte Agitprop-Truppe mit Erich - Weinert - Spanienliedern ganze 13 Male auf kleinsten Provinzbühnen vor leeren Plätzen spielen durfte. Unterdessen kassierten Flensburger Gäste, die eben mal kurz über die Grenze gekommen waren, Tausende von DM West an einem Abend.

Was aber auch der Grund sein mag, der die Propagandaaktion des kommunistischen Kultusministeriums endgültig abstoppen wird: Die Bevölkerung, die das Spiel seit langem durchschaut, wird auf solche Art „gesamtdeutsch“ tätige Künstler kaum vermissen...



Ich sehe Sterne ...

Nix gut, der Wodka!

Vielleicht doch einmal?

Fortsetzung von Seite 2

die Sowjets an dem Regime in Mitteldeutschland festhalten, so lange ist die Verpflichtung der vier Mächte auf die deutsche Einheit für die Bundesrepublik noch immer der wichtigste internationale Ansatzpunkt in der Frage der Wiedervereinigung. Mit ihrem unentwegten Verlangen, mit Pankow zu verhandeln, versuchen die Sowjets in Wahrheit, frei zu werden von einer völkerrechtlichen Verpflichtung, die sie in Potsdam 1945 und noch einmal in Genf 1955 eingegangen sind.

Die richtige Ebene

Bei Verhandlungen Bonn-Pankow bliebe die Wiedervereinigungsfrage, so wie die Dinge heute liegen, dem sowjetischen Veto unterworfen. Nur wären die Sowjets in der für sie viel angenehmeren Lage, das Veto nicht selber aussprechen zu

müssen. Ihre Pankower Gefolgsleute würden es für sie in deutscher Sprache tun. Das gilt, wie gesagt, solange die Dinge so bleiben, wie sie heute liegen. Theoretische Vorstellungen sind möglich, daß sich die Dinge ändern und andere Aspekte eröffnen könnten. Zum Beispiel, daß einmal im Laufe einer Viermächtekonferenz bei positiver Entwicklung der Verhandlungen sogenannte Sachverständige der Bundesrepublik und der Sowjetzone über konkrete, fest umrissene und terminierte Fragen miteinander sprechen. Wenn wirklich einmal, nachdem man in der Sache so oder so entscheidend vorwärtsgekommen ist, taktische oder Prestige Gründe Rücksicht verlangen, dann wird sich auch das lösen lassen. Abgesehen davon, daß die Sowjets selber eine elegante Möglichkeit des Einlenkens haben, ohne ihr Prestige im Ost-

bereich zu verlieren. Sie könnten nämlich die von Ulbricht 1952 verfassungswidrig aufgelösten fünf mitteldeutschen Länder unter Inkraftsetzung der 1946 geschaffenen, relativ demokratischen Länderverfassungen wiederherstellen.

Wie gesagt, mancherlei Möglichkeiten sind denkbar. Um eine von ihnen wirklich werden zu lassen, muß aber die politische Gesamtlage für die Wiedervereinigung erst entsprechend verändert werden. Das ist nicht durch voreilige Konstruktionen zwischen Bonn und Pankow möglich, sondern nur auf höherer Ebene der internationalen Politik, dort, wo über Abrüstung, Sicherheit, militärischen Status für Deutschland und Europa, Truppenabzüge und zugehörige Themen diejenigen sprechen, die wirklich etwas zu sagen haben. Dort liegen auch die Aufgaben der Bundesrepublik. Auf dieser Ebene aber liegt Pankow nicht,



BILDER DER WOCHE. Oben: Dulles und Gromyko (links), die Außenminister der USA und UdSSR, führten in Washington eine vierstündige Unterredung über wichtigste Fragen der Weltpolitik. — Unten: „... so wahr mir Gott helfe!“ Mit diesen Worten leistete der neue Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, seinen Eid auf die Verfassung.

